

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 25

Artikel: Landschaft nach der Schlacht
Autor: Bahr, Jerzy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landschaft nach der Schlacht

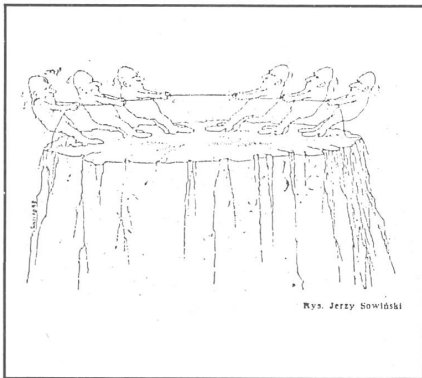
Ich schreibe meinen Beitrag zwar vor dem zweiten Gang der Präsidentschaftswahlen, aber weil ich nicht davon ausgehe, dass die Mehrheit meiner Landsleute dem Wahnsinn verfällt, sage ich es schon jetzt: Der neue Präsident von Polen ist doch Lech Walesa.

Ob das Land mit diesem Staatsoberhaupt der Demokratie näher gekommen ist, bleibt einstweilen noch eine offene Frage. Die vorschnellen Antworten der letzten Wochen und Monate haben in beiden Richtungen zur Wahlpropaganda gehört, und auf die Erprobung kommt es an; sie wird nicht lange auf sich warten lassen.

Was man heute schon sieht, ist etwas anderes. Die erste demokratische Präsidentschaftswahl hat geradezu ein politisches und soziales Erdbeben verursacht. Die Erschütterung hat ein zweites Polen freigelegt, ein Polen, das man so nicht kannte.

Dass Ministerpräsident Mazowiecki bereits in der ersten Runde ausschied, ist sozusagen eine Undenkbarkeit, die Wirklichkeit geworden ist. Noch im Frühjahr 1990 hatten ihn seriöse Meinungsumfragen als angesehenste Persönlichkeit des Landes ausgewiesen; Lech Walesa war hinter ihm und Kardinal Glemp erst auf den dritten Platz zu finden, eine damalige Überraschung, aber nichts im Vergleich zu dem, was Überraschung heute heisst.

Noch grösser wird die Undenkbarkeit, wenn man sich den Mann ansieht, von dem Mazowiecki aus dem Rennen geworfen wurde.



8 Seilziehen auf Gipfelhöhe. («Zycie Warszawy», Warschau, 26. 11. 1990)

Ein nicht so komischer Hauptmann von Köpenick

Über Stan Tyminski, dem «Helden» der letzten Wochen, liesse sich ein Krimi schreiben, und vielleicht ist schon jemand dabei, es auch zu tun; die Übung könnte nur heilsam sein.

An Stoff fehlt es nicht. Da ist seine Reise in den südamerikanischen Dschungel, um «die Wahrheit über mich selbst zu finden». (Hätten andere die Wahrheit über ihn gefunden, würde er wahrscheinlich gesiebte Luft geatmet haben statt politische Morgenluft.) Da ist der Diebstahl von Fernsehprogrammen verschiedener Länder, um sich auf Kosten der Indianer zu bereichern. Da sind zahlreiche Polenbesuche (via Libyen?), die er den Wählern verheimlicht hat. Da ist sein berühmter «schwarzer Aktenkoffer», den er im Wahlkampf stets geschlossen mit sich führte; der Inhalt bestand angeblich aus kompromittierenden Dokumenten über Walesa. (Der Trick ist so billig, dass ihn eigentlich jedermann durchschauen sollte, aber eben...) Da ist die eigentümliche Organisation seiner Wahlhelfer in einigen grossen Städten: fast durchwegs Leute vom ehemaligen Sicherheitsdienst. Da ist seine Gemahlin, die sich mit Kurpfuscherei betätigt, was freilich nur möglich ist, wenn sich genügend Patienten dazu hergeben. Und da sind seine Äusserungen in der Wahlkampagne. Nach Jahrzehnten einer demütigenden Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion bringt er es fertig, zu sagen: «Die Hand, die uns in dieser Zeit unterdrückte, war ausschliesslich und immer unsere eigene Hand.»

Man kann es als Farce nehmen. Ein Hauptmann von Köpenick, ein gogolscher Revisor, ein Westernsheriff, der ballernd Ordnung in das Städtchen bringt. Aber es gibt einen Unterschied: Jene Figuren sind erheitert.

Polenbezügliches Wissen in Wiedererwägung

Nun gut: Tyminski wird als politischer Irrstern wohl bald hinter dem Horizont verschwunden sein. Was aber zurückbleibt, ist

die Millionenzahl von erwachsenen Wählern und mündigen Staatsbürgern, die ihm ihre Stimme gegeben haben. Was ist mit ihnen? Dieser Frage werden Soziologen mit ruhiger Wissenschaftlichkeit nachgehen, aber verantwortliche Politiker können sie nicht so gelassen nehmen. Der Auftritt Tyminskis hat einen landesweiten Zustand offenbart, der zur bisher verkannten Realität gehört.

Das Wissen über Polen, das man sich hier und dort angeeignet hat, bedarf einer Wiedererwägung. Viele vertraute Vorstellungen sind unpassend geworden.

Erstens.

Polen kann nicht länger als das politisch stabilste Land Osteuropas gelten, als Land, in welchem die überwiegende Bevölkerungsmehrheit den «schnellen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus» ein für allemal akzeptiert habe. Desgleichen muss die unterstellte Bereitschaft zur wirtschaftlichen Schocktherapie überprüft werden. Die Geduld der Gesellschaft hat ihren Zenit überschritten. Nach den blossen Unmutssindizien von Streiks kam es auf breiter Basis zu einer schieren Protestbekundung mittels Wahlzettel. Die akute Unzufriedenheit richtet sich durchaus auch gegen den Westen. Die Forderungen der Weltbank bezüglich Tilgung der Auslandsschulden haben sich als zu hoch geschraubt erwiesen. Der amerikanische Präsident Bush hatte historisch recht, als er von der Leidenschaft der Polen sprach, aber das Motiv wird überzogen, wenn man es auf einen dauerhaften «Volkscharakter» überträgt. Die Grenzen der Hinnehmbereitschaft werden in Umbruchszeiten ohnehin enger, und in Polen sind sie nun erreicht.

Zweitens.

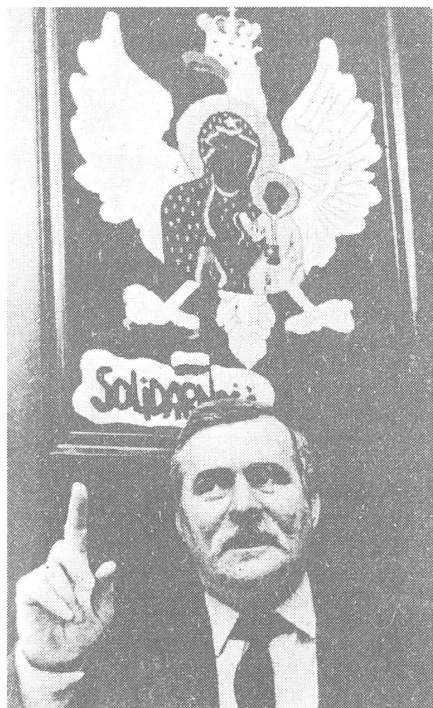
Die Zerstrittenheit der Polen innerhalb des weit gespannten Solidarnosc-Rahmens war schon längst evident geworden, aber dass sich die Solidarnosc-Treue noch lange gegenüber einer solidarnosc-fremden Kraft reflexartig manifestieren müsste, galt noch immer als gegeben. Zu Unrecht.

Falsch war ferner das Wissen, dass die Polen gegen den kommunistischen Einfluss immu-

nisiert und dafür dem ideologischen Einfluss einer übermächtigen katholischen Kirche ausgesetzt seien. Einen (scheinbar) so geprägten Volkswillen hatte es damals gegeben, als die Kirche den Widerstand gegen die unter andere atheistische Diktatur verkörperte, aber diese Definition des Polentums hat seither an Wert verloren.

Der smarte Stan hat seine Kundschaft gerade in jenem provinziellen Polen gefunden, das «bekanntlich» stockkatholisch ist. Eine disparate Kundschaft freilich: Arbeiter, die um ihre Arbeitsplätze bangen, Hausfrauen, die nicht wissen, wie sie die steigenden Lebensmittelkosten bezahlen sollen, die Jugend der verlorenen Generation, um die sich keine Elite in Warschau, Krakau oder Danzig kümmert, ehemalige Parteifunktionäre und SD-Leute der Unterstufe, denen die neue Zeit ohnehin ein Hassobjekt ist. Alles zusammen ergibt eine ungekittete Koalition von Unzufriedenen und Enttäuschten, die auch mit den politischen Fehden innerhalb der Landesführung nichts anzufangen wissen. Man müsse «oben» Krieg führen, damit «unten» Friede herrsche, hatte Walesa gesagt. Ein Aphorismus im Stil der seinerzeitigen Gedanken des Vorsitzenden Mao: gut geprägt, schlecht überlegt.

Sicher ist es nicht so, dass alle Leute, die für Tyminski votierten, sich von ihm die grosse Wende zum Guten versprochen. Viele Wähler waren einfach der polnischen Politik, die ihnen nichts gebracht hatte, so oder anders überdrüssig und huldigten momentan einem «american dream», für den sie weder englisch noch sonst etwas zu lernen brauchten.



Aufnahme aus der Zeitschrift «Common Europe», Warschau.

Drittens.

Die «polnische Intelligenzia» hat etwas zu lange von einem etwas zu guten Ruf gezehrt, und jeder Vorrat geht zur Neige, wenn man ihn nicht erneuert. Es ist wahr, dass sie im Kampf gegen die Diktaturen braunen und roten Typs geschult worden ist, es ist wahr, dass sie sich als «Gewissen der Nation» alles in allem mit Mut und Scharfsinn bewährt hat, und es ist durchaus auch wahr, dass sie in diesem Sinn zwischen 1981 und 1989 auf der politischen Szene eine Hauptrolle gespielt hat.

Aber es ist ebenso wahr, dass sie ihre Rolle im bisherigen Verständnis nicht mehr spielen kann. Das politisch-ethische Denken muss dem politisch-wirtschaftlichen Denken hintangestellt werden; sonst vergreift man sich in den Kategorien und bekämpft den fachlich anders denkenden Kollegen wie früher den feindlichen Unterdrücker. Wenn die Intellektuellen ihrer heutigen (und reduzierten) Verantwortung gerecht werden wollen, müssen sie die Tugend der Mässigung erwerben. Das geht einigen hitzköpfigen Leuten wider den Strich, die früher diese Tugend nur als Tarnung für Feigheit kennengelernt hatten. Indessen sollte die Umstellung einer Intelligenzia zumutbar sein, sofern sie auch intelligent ist.

Viertens.

Geistige Autorität galt in Polen bisher viel, und heute gilt sie wenig. Der Fall der Kirche steht nicht allein, aber er ist symptomatisch. Die Kirche hat an geistiger Autorität eben deshalb verloren, weil man ihr «endlich» staatliche Mitautorität zugestanden hat. Der Religionsunterricht in den Schulen wurde staatlich von oben verordnet, und der staatliche Entwurf zum neuen Abtreibungsgesetz entspricht kirchlichen Wünschen. Die Kirche war früher als Gegengewicht zum staatlichen Zwang geachtet, und wenn sie die erfolgte Befreiung als Einladung versteht, dem Staat das richtige Verhalten zu diktieren, wird sie ihrer Eigenschaft als Volkskirche rasch verlustig gehen.

Zugleich ist der Autoritätszerfall eine allgemeine Erscheinung. Dass nahezu jedermann den Sejm schmäht, ist soweit noch begründbar. Das Parlament ist ein Zwitterding, ein Überbleibsel aus der Zeit vor zwei Jahren, als zwischen Regierung und Solidarnosc der Kompromiss am Runden Tisch ausgehandelt wurde. So kam es zu freien Wahlen, die sich wegen einer zuvor vereinbarten Sitzverteilung nicht voll auswirken durften. Die damaligen Kommunisten, die als sozialistische Nachfolgepartei heute einen Wähleranteil von zehn Prozent hinter sich haben, erhielten zusammen mit den Blockparteien die Hälfte der Sitze zugesprochen, und selbstverständlich ist das nicht die wahre Volksvertretung. Aber die heutige Kritik (falls man eine unkritische Anfeindung so nennen darf) wendet sich weitgehend auch

gegen den parlamentarischen Betrieb als solchen. Man wirft den Abgeordneten vor, dass sie Debatten führen, als ob das nicht ihre Aufgabe wäre. Mit dem Begriff der demokratischen Autorität wissen viele Polen einstweilen noch wenig anzufangen.

Ein Stück aus dem osteuropäischen Syndrom

In Polen wie in andern postsozialistischen Ländern teilen sich die gesellschaftlichen Interessen nach neuen Mustern. Der dominierende Gegensatz trennte früher die deklarierten Kommunisten von den nichtdeklarierten Antikommunisten. Heute verläuft die Linie zwischen den zwei wichtigsten Lagern anders. Es gibt die einen, die sich in der Marktwirtschaft zurechtfinden (oder diese Zuversicht haben), und es gibt die andern, die völlig ratlos in der neuen Realität herumstehen und dementsprechend befinden, dass sie verloren seien. Das ist ein provisorischer Gegensatz, und er wird normaleren Gliederungen weichen, wenn die Mechanismen der Demokratie die benötigte Zeit erhalten, um auch zu greifen. Aber die Zeit ist ein etwas unheimlicher Faktor in diesem Teil des Kontinents.

Ein Gespenst geht um in Osteuropa, die Versuchung, für geschichtliche Abläufe eine Abkürzung zu finden, die es nicht gibt. Man geht in die Irre, wenn man sie zu beschreiben glaubt.

In Polen hat dieses Gespenst das Gesicht von Tyminski angenommen, in der Sowjetunion die Form eines 500-Tage-Plans, in der Slowakei oder in Rumänien das Kleid der nationalen Kontrastfarbe.

Ist Osteuropa ein Scherbenhaufen und sonst nichts?

Ich denke, dass die polnischen Präsidentschaftswahlen eine Schule der Demut für die verantwortlichen Politiker waren. Mazowiecki hat wohl schon gelernt, dass es in der Politik nicht genügt, recht zu haben; man muss die richtigen Einsichten in die Sprache der Interessengruppen und der einzelnen Staatsbürger übersetzen; sonst kommt die Botschaft nicht an. Walesa muss lernen, dass man einer sitzengebliebenen Gesellschaft mit eingeschlafenen Gliedern nicht den Laufschrift in eine geordnete Zukunft befehlen kann; mehr als ein allgemeines Stolpern übereinander kommt da nicht heraus. Manchmal wird es der Demokratie ermöglicht, ihre Position im Sturm zu erobern. Aber um sie einzurichten, bedarf es einer andern Tätigkeit als den Sturm. Tyminski braucht nichts zu lernen; die Rede war von verantwortlichen Politikern.

Aber auch wir im Westen können von den demokratischen Zangengeburtten im Osten etwas lernen: zu schätzen, was wir haben.